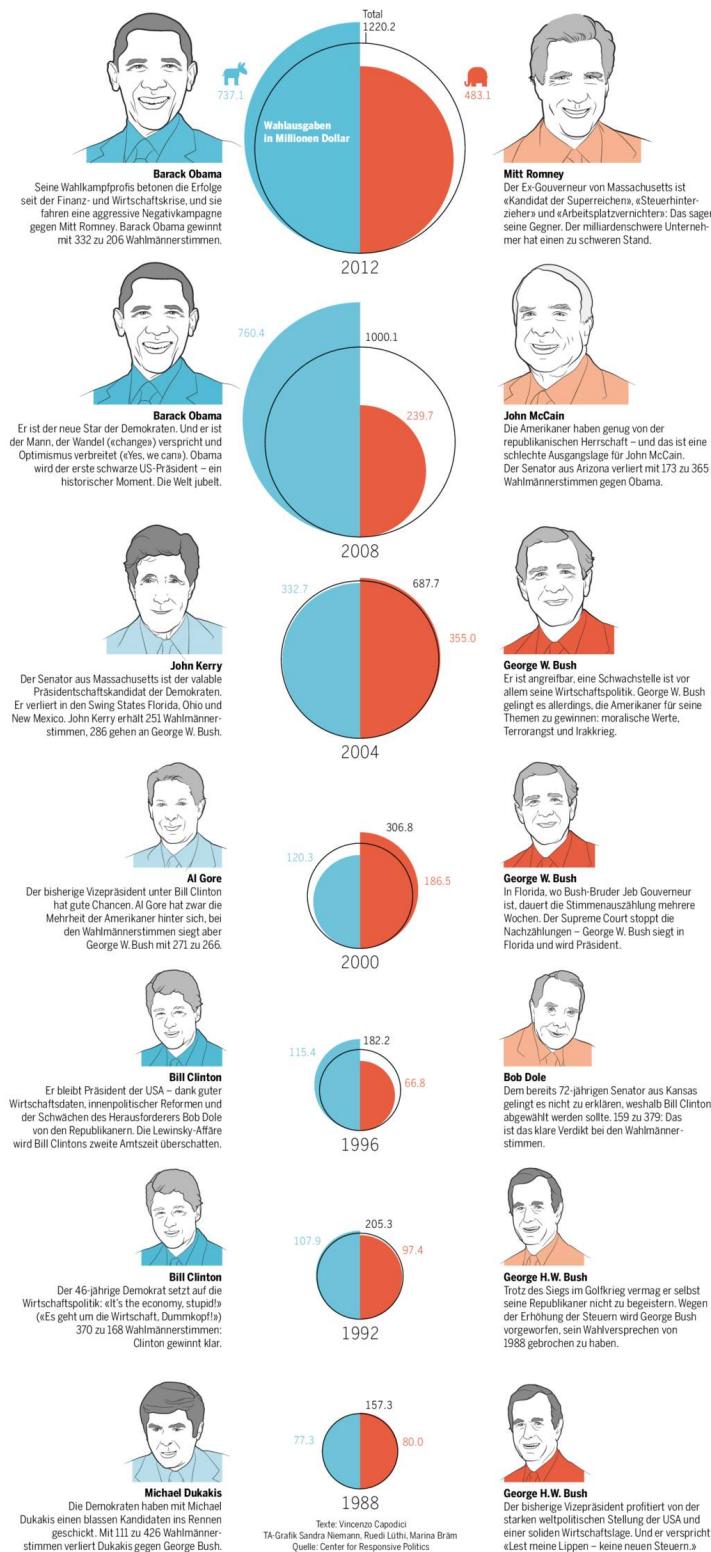


Gewinner, Verlierer und ihre Wahlausgaben

Abgang einer Querdenkerin

Frankreichs Justizministerin Christine Taubira tritt im Streit um die Anti-Terror-Politik zurück.

Martina Meister
Paris

Am Mittwochmorgen wurde Taubiras Rücktritt verkündet; am Nachmittag hat Manuel Valls diese Aufgabe vor der Nationalversammlung übernommen. Ihr Widersacher hat somit gewonnen.

«Ich kann keinen Chef über mir ertragen», hat sie mal gestanden, womit sie in den französischen Medien einen Sturm auslöste, obwohl das eigentlich immer offensichtlich war: Taubira ist eine Frau, die ihren Überzeugungen treu bleibt und sich durch Macht nicht korrumpern lässt. Sie ist ein unabhängiger Kopf und tanzt gern aus der Reihe. Niemand, nicht mal der Präsident, konnte sie in solchen Fällen zurückpfeilen. Zum Schluss schien sie die letzte Linke in einer Riege von Ministern zu sein, denen das Herz zwar noch links schlagen mag, aber viel mehr auch nicht. Insofern ist ihr Rücktritt symbolisch: Er verschiebt den Schwerpunkt der Regierung.

Abschied von alten Idealen

Hollande hat nun ein zusätzliches Problem: Der Überdruss in der Bevölkerung wächst, die wenigen Wähler, die noch hinter ihm standen, könnte er nun endgültig verlieren. Der Vorteil ist, dass der Abschied von alten sozialistischen Idealen damit nun wirklich offiziell ist.

Die Bilanz der Justizministerin ist gespalten. Einseits ist ihr die einzige grosse Reform der sozialistischen Regierung gelungen: Taubira hat die Homophobie durchgesetzt. Taubira, die von der Opposition immer als zu lasch kritisiert wurde, hat andererseits ihre grosse Strafrechtsreform auf Eis legen müssen. Nach Sarkozys Politik der «Null-Toleranz»



Christine Taubira
Ex-Justizministerin

hatte sie versucht, die hoffnungslos überfüllten französischen Gefängnisse zu entlasten und Alternativen zum Strafvollzug zu entwickeln. Fast wäre es ihr gelungen, das eigene Lager von der Erkenntnis zu überzeugen, dass Gefängnisstrafen Wiederholungstäter schaffen. Sie wollte vor allem das Jugendstrafrecht reformieren. Ihre Gegner hielten sie für hoffnungslos naiv. Die Reform ist vertagt worden. Taubira bekam das Versprechen des Präsidenten, dass es 2016 so weit sein würde. Wenn sie so lange im Amt geblieben ist, dann vor allem, weil sie diese Reform durchsetzen wollte. Als 2013 die aufmüpfigen Frondeure die Regierung verließen, sagte Taubira, sie müsse bleiben: «Wir müssen die Rolle der Politik neu bestimmen.»

Unzählige Male hatten ihre Gegner ihren Rücktritt gefordert. «Champagner!», jubelten einige, als er bekannt gegeben wurde. Frankreichs Rechte verlief mit ihr den Stufenbock. Im Moment ist kein Kandidat in Sicht, der mit derselben Intelligenz, geschweige denn Eleganz Widerstand leisten könnte.

Eine symbolische Massnahme

Der Grund ihres Rücktritts ist eine heftige Meinungsverschiedenheit mit dem Präsidenten. Es ist nicht die erste. Von Anfang an hat Taubira die geplante Verfassungsänderung, die vorsieht, Terroristen mit doppelter Staatsbürgerschaft die französische zu entziehen, kritisiert. Das Staatsbürgerschaftsrecht, das Kinder, die in Frankreich geboren wurden, später zu Franzosen macht, bedeutet ihr zu viel, betonte sie immer wieder. Sie hält das für ein fatales gesellschaftliches Signal.

Wenige Tage nach den Attentaten am 16. November batte Hollande vor dem Kongress in Versailles die Verfassungsänderung angekündigt. Trotz Kritik von allen Seiten hielt er stur daran fest, obwohl alle wissen, dass sie nur symbolisch ist: Keinen Terroristen wird die Aussicht, dass er seinen französischen Pass abgeben muss, an seinen Taten hindern. Jihadisten pfeifen auf die Republik, sie rechnen mit dem Paradies.

Als Justizministerin hätte Taubira diese Reform, hinter der sie nicht stand, vor der Nationalversammlung am Mittwoch vertreten müssen. Hollande hatte ihr diesen Balancetrag zugeraut, aber sie war offensichtlich schon Anfang des Monats mit ihm übereingekommen, ihre politische Seele nicht zu verkaufen.

Nachrichten

Flüchtlinge
Mazedonien schliesst Grenze zu Griechenland

Mazedonien hat am Mittwoch seine Grenze zu Griechenland für Flüchtlinge geschlossen. Auf der griechischen Seite strandeten darauf ab dem Nachmittag rund 2600 Menschen, die auf der Balkanroute Richtung Österreich und Deutschland weiterziehen wollten. Warum die mazedonischen Behörden die Grenze dichtmachten, wurde zunächst nicht bekannt. Im November hatte Mazedonien die Praxis beendet, alle aus Griechenland kommenden Flüchtlinge passieren zu lassen. Ab dann wurde nur noch Ankommenden die Weiterreise gestattet, die aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan kamen. (SDA)

Deutschland
Steinmeier attackiert Lawrow im Fall des Mädchens Lisa

Der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier hat seinen russischen Kollegen Sergei Lawrow im Fall des Mädchens Lisa scharf angegriffen und ihm eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten vorgeworfen. Es gebe keine Rechtfertigung, den Fall «für politische Propaganda zu nutzen und sie anzuheizen», sagte Steinmeier. Lawrow hatte den Berliner Behörden vorgeworfen, die angebliche Entführung und Vergewaltigung des 13-jährigen russischstämmigen Mädchens vertuscht zu haben. (Reuters)